



NIEDERSCHRIFT

2. Sitzung (VII. Legislaturperiode) Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie

Sitzungsdatum:
Donnerstag, 20.01.2005

Beginn:
18:00 Uhr

Sitzungsort:
**Schulungsraum Feuerwache,
41352 Korschenbroich**

Tagesordnung:

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin
2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift
3. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Bürgerinnen und Einwohner/Einwohnerinnen
4. Vortrag des Erftverbandes Bergheim zur Gewässerunterhaltung des Jüchener Baches und seiner Nebengewässer im Stadtgebiet Korschenbroich.
5. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 03.01.2005:
Die Verwaltung möge zum Gewässerunterhaltungsplan für den Jüchener Bach und die Gewässer 2ter Ordnung, nach dem der Erftverband arbeiten soll, berichten.
6. Vorführung von Videoaufzeichnungen über das Verhalten des Jüchener Baches (ca. 5 Min.) durch die Ratsfraktion "Die Aktive".

7. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 03.01.2005:
Die Verwaltung möge zur Karte des Erftverbandes zu der Brun-
nengalerie am Verkehrslandeplatz Mönchengladbach (vom Erft-
verband am 01.12.2004 vorgestellt beim Betonmarketingkon-
gress) vortragen.
8. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 03.01.2005:
Die Verwaltung möge zum Sachstand hinsichtlich der Rückbau-
kosten für die Windkraftanlagen in der Windkonzentrationszone
Nord berichten.
9. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive":
Die Verwaltung möge im Zusammenhang mit der Auslage des
Planfeststellungsverfahrens Flughafen DUS zu folgenden Fragen
vortragen:
- Wie ist das Vorgehen der Stadt bezüglich des Planfeststel-
lungsverfahrens Flughafen Düsseldorf
- Warum wurde die Landeschleife (DUS) verlängert? Früher bo-
gen die Flugzeuge in größerer Nähe uim Flughafen DUS ab und
überflogen somit Kleinenbroich nicht. Hängt das mit den nicht
mehr existenten NATO-Flughäfen zusammen?
- Wie kann die Stadt für die Bürger die Einhaltung des Nachtflug-
verbotes erreichen?
- Wie kann man eine feste Messstelle für Lärm und Umweltbelas-
tung (Abgase) in Kleinenbroich erreichen? Im Planfeststellungs-
verfahren DUS sind keine Angaben zu den vorhandenen und zu
erwartenden Belästigungen enthalten.
10. Antrag der SPD - Ratsfraktion vom 03.01.2005: Vorlage VII/168
Die Verwaltung wird beauftragt,
- eine Satzung zur finanziellen Unterstützung von kleinräumigen
individuellen Lösungen des Grundwasserproblems mittels bau-
technischer und hydraulischer Maßnahmen zu erarbeiten
- ab dem Jahr 2005 bis zum Beginn der dauerhaften Lösung des
Grundwasserproblems jährlich einen Betrag von 170.000 € für
die Unterstützung dieser Maßnahmen in den Haushalt einzustel-
len.
11. Vorstellung einer Ausarbeitung der Grundwasseraktive Kor-
schenbroich mit dem Titel:
" Möglichkeiten der finanziellen Förderung einer Begrenzung des
Grundwasseranstiegs im Rhein-Kreis-Neuss durch das Land
Nordrhein Westfalen; Bewertung aus haushaltswirtschaftlicher
und ökologischer Sicht".
(Unterlagen werden von der Ratsfraktion "Die Aktive" als Tisch-
vorlage nachgereicht)
12. Bericht der Verwaltung zu aktuellen Fragen aus dem Bereich Vorlage VII/137
Grundwasser

13. Änderung des Suchraumkonzeptes für Ausgleichsflächen
hier: Anträge auf Aufnahme weiterer Flächen in das Suchraum-
konzept. Vorlage VII/136

14. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Vorlage VII/169

15. Mitteilungen

16. Anfragen von Ausschussmitgliedern

III. Nichtöffentlicher Teil

1. Mitteilungen

2. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anwesenheitsliste**2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Grundwasser und Energie
20. Januar 2005, 18:00 Uhr**

Anwesend:**Ausschussvorsitzender**

Külbs, Christian

CDU-RatsfraktionEsser, Peter
Lieser, Wolfgang
Pfeifer, Harry
Roden, Erwin

(als Vertreter für Schöttke, Klaus-Peter)

SPD-RatsfraktionAfflerbach, Ulrich
Klancicar, Marcus**Ratsfraktion Die Aktive**

Drüll, Peter

FDP-Ratsfraktion

Brieger, Hans-Jürgen

UWG-Ratsfraktion

Otten, Marcella

sachkundige Bürger/BürgerinnenOerdinger, Willi
Pflieger, Hermann
Schumacher, Bernd
Sitta, Peter
Zimmermann, Frank

(als Vertreter für Hink, Gerd)

sachkundige Einwohner/EinwohnerinnenGoltsch, Hubertus
Nägeler, Jürgen
Rauter, Hartmut
Sack, Gerd**Beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 GO NW**

Kalthoff, Dr. Heinrich

Von der Verwaltung anwesend:Bürgermeister Dick, Heinz Josef
Beigeordneter Graaff, Rudolf
Amtsleiter Hoffmans, Dieter
Techn. Angestellter Verjans, Dr. Theo
Verw.-Angestellte Schröder, Claudia

(Schriftführer)

ferner

Döring, Hinrich (Erftverband)

(bis einschließlich TOP 6)

Der Ausschussvorsitzende Christian Külbs eröffnet gegen 18.00 Uhr die 2. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Grundwasser und Energie und stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Weiter stellt er fest, dass der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie beschlussfähig ist.

Einwendungen werden nicht erhoben.

I. Vor Beginn des öffentlichen Teils der Sitzung ist den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Korschenbroich Gelegenheit gegeben, Fragen sowohl mündlich als auch schriftlich an Ausschuss und Verwaltung zu richten.

Von Seiten der CDU-Fraktion wird durch Ausschussmitglied Wolfgang Lieser ein Antrag auf Änderung der Tagesordnung gestellt. Er schlägt vor den Tagesordnungspunkt 9 „Vortrag des Erftverbandes Bergheim zur Gewässerunterhaltung des Jüchener Baches und seiner Nebengewässer im Stadtgebiet Korschenbroich“ vorzuziehen und im Anschluss hieran die inhaltlich hiermit verbundene Tagesordnungspunkte 4, 10 und 6 abzuhandeln.

Dem Antrag der CDU-Fraktion wird einstimmig stattgegeben.

Hierauf stellt Ausschussmitglied Peter Sitta den Antrag die Tagesordnung um einen weiteren Punkt zur „Initiative Solardächer“ zu erweitern.

Auch diese Erweiterung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen und als Tagesordnungspunkt 14 eingefügt.

II. Öffentlicher Teil

1. Bestellung eines Schriftführers/einer Schriftführerin

Zum Schriftführer wird Herr Dr. Verjans bestellt.

2. Benennung eines Mitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Ausschussmitglied Marcella Otten einstimmig bei einer Stimmenthaltung benannt.

3. Einführung und Verpflichtung der sachkundigen Bürger/Bürgerinnen und Einwohner/Einwohnerinnen

Der Ausschussvorsitzende, Herr Christian Külbs, führt den sachkundigen Bürger Frank Zimmermann ein und verpflichtet ihn in feierlicher Form. Die Verpflichtungserklärung ist als Anlage in der Urschrift dieser Niederschrift und wesentlicher Bestandteil beigefügt.

4. Vortrag des Erftverbandes Bergheim zur Gewässerunterhaltung des Jüchener Baches und seiner Nebengewässer im Stadtgebiet Korschenbroich.

Der Vortrag wird gehalten von Herrn Hinrich Döring vom Erftverband Bergheim, welcher für die Gewässerunterhaltung beim Erftverband verantwortlich zeichnet.

Die wesentlichen Inhalte des Vortrages sind den beigefügten Anlagen zu entnehmen, weshalb hier nur kurz auf die Kernpunkte des Vortrages eingegangen wird.

Zunächst stellt Herr Döring klar, dass derzeit der Jüchener Bach oberhalb des Grundwasserspiegels (auch bei hohen Grundwasserständen) liegt, so dass keine Anbindung ans Grundwasser gegeben und damit zur Zeit keine Vorflutfunktion des Jüchener Baches besteht. Aus diesem Grunde werden auch die Entschlammungsmaßnahmen nur abschnittsweise und mit größter Vorsicht durchgeführt, um die Sohle nicht zu stark durchlässig zu machen und somit zur Grundwasseranreicherung beizutragen (durch Exfiltration).

Auch weist er daraufhin, dass der Jüchener Bach künstlich durch Rheinbraun gespeist werde und nur ca. ein Drittel der zulässigen Wassermengen eingeleitet würden. Dies seien bei der Kläranlage in Glehn noch ca. 30 Liter pro Sekunde.

Anschließend geht er auf die vorgesehenen Unterhaltungsmaßnahmen und die bisher durchgeführten Maßnahmen seit der Übernahme des Jüchener Baches vom damaligen Jüchener Bach Verband (in 1993) ein.

Er führt hier u.a. aus, dass weitere Uferbefestigungen zur Erhöhung der Strömungsgeschwindigkeit geplant sind, damit keine bzw. eine geringere Sedimentationsablagerung stattfindet (Uferbefestigung mit Robinienholz als natürlichen Baustoff).

Auch geht er auf den beabsichtigten Bau eines Sedimentfangs südlich von Kleinenbroich ein, wodurch der Pflegeaufwand in der Ortslage Kleinenbroich selbst erleichtert werden könnte. Auch werde, um einen reibungslosen Abfluss zu gewährleisten, wöchentlich das Treibgut entfernt, obwohl dies aus ökologischer Sicht nicht sinnvoll sei.

Als ein Ziel neben der Fortführung der Entschlammung in der Ortslage Kleinenbroich und dem Bau des Sedimentationsbeckens (Sandfangs) führt er auch eine vorgesehene Renaturierungsmaßnahme des Jüchener Baches im Bereich der Ortslage Scherfhausen an.

Abschließend geht Herr Döring noch auf die Übernahme der Gewässer 2ter Ordnung im Einzugsgebiet des Jüchener Baches zum 01.01.2005 ein.

Es schließt sich eine rege Diskussion an, in der u.a. folgende Aspekte erörtert werden:

a) Vorgesehene Renaturierung im Bereich Scherfhausen

Hierbei weist Bürgermeister Dick daraufhin, dass die Maßnahme bereits im Jahre 2002 diskutiert und von Seiten der Stadt abgelehnt worden sei, da nicht geklärt worden sei, ob eine Renaturierung des Jüchener Baches im Bereich Scherfhausen zu erhöhten Grundwasserwerten führen wird.

Ausschussmitglied Peter Esser führt an, dass eventuell der Scherfhausener Busch als „natürliches Regenrückhaltebecken“ zu nutzen sei, als Beitrag zum Hochwasserschutz.

In diesem Zusammenhang weist Herr Döring daraufhin, dass für den Jüchener Bach ein Niederschlagsabflussmodell (NA-Modell) erstellt worden sei und der „100-Jährige“ Wasserschutz gewährleistet sei. Auch sei noch eine Vergrößerung des Regenüberlaufbeckens an der Klärwerkanlage Glehn geplant.

b) Problematik der Exfiltration

Hierzu führt u.a. Dr. Kalthoff aus, dass sich der Jüchener Bach derzeit über dem Grundwasserniveau bewege und dass dieser vom eingeleiteten Wasser der RWE Power AG gespeist werde. Es handele sich daher nicht um ein intaktes Gewässer, sondern mehr oder minder um einen Abwasserkanal mit guter Gewässergüte. Daher sei eine Einbettung in die Umgebung, wie es die Wasserrahmenrichtlinie fordere, hier zweitrangig. Insbesondere müs-

se dafür gesorgt werden, dass ein Verlust an Wasser durch Exfiltration verhindert werde. Jährlich würden ca. 350.000 cm³ durch Exfiltration im Jüchener Bach verloren gehen und somit dem Grundwasser zugeführt werden. Aus seiner Sicht sei es deshalb unbedingt erforderlich, den Jüchener Bach entsprechend abzudichten.

Der sachkundige Einwohner, Herr Hartmut Rauter, fragt in diesem Zusammenhang an, ob nicht eine Ausbetonierung des Jüchener Baches zweckdienlich sei.

Herr Döring vom Erftverband weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass eine Ausbetonierung des Jüchener Baches kontraproduktiv sei, da hierdurch eine komplette Abkopplung vom Grundwassersystem stattfinden würde. Bei einem Wiederanstieg des Grundwassers nach Beendigung der Sumpfungmaßnahmen durch RWE Power AG sei eine Vorflutfunktion des Jüchener Baches bei einer Ausbetonierung nicht mehr gegeben.

Unter Hinweis auf die Ausführung von Dr. Kalthoff erläutert Herr Döring weiter, dass zwar ein natürlicher Zustand der Gewässer nach EU Wasserrahmenrichtlinien gefordert sei, jedoch nur dort die Entwicklung zu einem natürlichen Gewässer hin stattfinden könne, wo die entsprechenden Rahmenbedingungen gegeben seien.

Bürgermeister Dick greift in diesem Zusammenhang nochmals die Thematik der vorgesehenen Renaturierung in Scherfhausen auf und weist daraufhin, dass seiner Meinung nach eine Renaturierung die Exfiltration erhöhen würde und daher ein vorheriger „Grundwasser-Check“ stattfinden müsse und eine Gefährdung der Wohnbebauung ausgeschlossen werden müsse. Seiner Meinung nach müsse das Wasser möglichst zügig abgeführt werden.

Hierzu führt Herr Döring nochmals aus, dass eine Renaturierung nicht dazu führen muss, dass eine erhöhte Exfiltration über das Bachbett bzw. die Bachsohlen stattfindet. Die Sohle würde sich bereits nach kurzer Zeit durch entsprechende Ablagerungen verdichten. Auch weist er in diesem Zusammenhang daraufhin, dass bei der vorgesehenen Maßnahme keine substanzielle Laufverlängerung stattfände, so würde die Laufstrecke in dem hier zur Renaturierung vorgesehenen Abschnitt lediglich von 450 auf 458 m verlängert. Entsprechend würden sich auch keine anderen Fließgeschwindigkeiten ergeben. Den hier aufgeführten Konflikt einer erhöhten Exfiltration ins Grundwasser sehe er daher nicht. Vielmehr gehe er von gleichen bzw. sogar geringeren Versickerungsverlusten aus, da die derzeitige Bachbettsohle des Jüchener Baches im Bereich Scherfhausen eine kiesige, sandige Struktur aufweise und die Exfiltrationsraten dementsprechend hoch seien.

Der sachkundige Einwohner, Herr Jürgen Nägeler, spricht sich dafür aus, die Sohle des Jüchener Baches tiefer zu legen, um somit eine Vorflutfunktion wieder herzustellen und gleichzeitig eine hohe Fließgeschwindigkeit zu gewährleisten, um einen raschen Abfluss zu gewährleisten und damit die Exfiltrationsraten ins Grundwasser möglichst gering zu halten.

Auch das Ausschussmitglied Hans-Jürgen Brieger spricht sich dafür aus, die Sohle so tief zu legen, dass eine Spitzenkappung von Grundwasserhöchstständen erzielt werden könne. Er halte es in diesem Zusammenhang für notwendig und sinnvoll von einer Bewässerungsstrategie zu einer Entwässerungsstrategie zu gelangen.

Auch Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach hält eine schnelle Abfuhr des Oberflächenwassers für sinnvoll, um die Infiltrationsraten ins Grundwasser möglichst gering zu halten.

Hierzu führt Herr Döring aus, dass das heutige Gewässersystem als Entwässerungssystem für die Landwirtschaft angelegt worden sei und insofern die frühere Grundwassersituation widerspiegele. Insofern sei auch das Gewässernetz darauf ausgerichtet, nur bei oberflächennahen Grundwasserständen eine Entwässerungsfunktion zu erfüllen, jedoch nicht auf ein Niveau eingestellt, welches Keller grundwasserfrei halten könne. Eine Tieferlegung sei

auch deshalb nicht möglich, da eine Abhängigkeit vom übrigen Gewässernetz bestehe. Man könne hier den Jüchener Bach nicht isoliert betrachten.

Eine Öffnung der Sohle würde im jetzigen Zustand nur zu einer verstärkten Exfiltration von Oberflächenwasser ins Grundwasser führen und sei daher nicht anzuraten. Aus diesem Grunde seien auch die bisherigen Entschlammungsmaßnahmen sukzessiv abschnittsweise vorgenommen worden.

Ausschussmitglied Peter Drüll spricht in diesem Zusammenhang nochmals den seiner Meinung nach immensen Wasserverlust über die „ausgefranst“ Böschungen an. Er habe dies selbst bei eigenen Messungen am Jüchener Bach festgestellt. So sei bei Regenereignissen binnen kürzester Zeit an Messstellen im Bereich des Jüchener Baches ein Grundwasseranstieg von 4-6 cm zu verzeichnen gewesen.

Herr Döring erläutert in diesem Zusammenhang, dass es auch Ziel sei, die Uferböschungen, dort wo es erforderlich sei, zu stabilisieren und ein Profil herzustellen, welches ein möglichst rasches Abfließen des Oberflächenwassers gewährleiste.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser fragt in diesem Zusammenhang nach, ob bei extremen Niederschlägen die Einleitungen der RWE Power AG reduziert bzw. eingestellt würden. Dies wird durch Herrn Döring bejaht, sofern es sich um langanhaltende Niederschläge handelt.

c) Unterhaltungsmaßnahmen im Einzelnen

Hierzu fragt Ausschussmitglied Peter Esser nach, ob sich die Auslegung des Jüchener Baches mit Rasengittersteinen bei den durchgeführten Entschlammungsmaßnahmen als sinnvoll erwiesen habe.

Hierauf erläutert Herr Döring vom Erftverband, dass die Sohle des Jüchener Baches bereits 1966 mit Rasengittersteinen ausgelegt worden sei, und man bei den Entschlammungsmaßnahmen festgestellt habe, dass die Rasengittersteine kein Hindernis darstellten und insofern sich die Auslegung der Sohle mit Rasengittersteine bewährt habe.

Der sachkundige Bürger Gerd Sack spricht sich für eine Renaturierung in Scherfhausen aus, da dies der Landschaftverschönerung diene.

Weiterhin fragt er, aus welchem Grunde das Mahdgut regelmäßig entlang des Jüchener Baches liegen bleibe. Er halte aus ökologischen Gründen eine Abfuhr für sinnvoll.

Herr Döring erläutert hierzu, dass das Mahdgut zunächst einige Tage liegen bleibe, damit Kleintiere sich aus diesem entfernen könnten. Dann werde nur in den Bereichen abgeräumt, wo es aus hochwasserschutztechnischen Gründen erforderlich sei bzw. wo aus ökologischen Gesichtspunkten eine Entfernung als notwendig erachtet würde; insofern müsse hier der Einzelfall betrachtet werden.

Ausschussmitglied Peter Drüll äußert die Ansicht, dass seines Erachtens die Unterhaltung des Jüchener Baches „Flickschusterei“ sei. Insbesondere der vorab von Herrn Döring dargestellte Einsatz von „Kleinstgeräten“ sei nicht effektiv. Er halte vielmehr den Einsatz von Spezialgeräten für erforderlich. Man werde hinsichtlich der seines Erachtens erforderlichen Entschlammungsmaßnahme von Seiten des Erftverbandes immer wieder vertröstet, die Realisierung der einzelnen Maßnahmen sei zu schleppend. Hinsichtlich der seit 01.01.2005 von der Stadt übernommenen Gräben 2ter Ordnung halte er es für dringend erforderlich, dass der Erftverband mit seinem Know-how eine bessere Unterhaltung der Gräben gewährleiste als dies bisher von der Stadt geschehen sei.

Hierauf erwidert Herr Döring, dass bei Übernahme der Gräben 2ter Ordnung die bisher von Seiten der Stadt durchgeführten Pflege- und Unterhaltungsmaßnahmen zunächst einmal für das erste Jahr übernommen würden, um dann im folgenden Jahr nach notwendigen Verbesserungen zu schauen.

Ferner weist er daraufhin, dass aufgrund des vorhandenen Bewuchses mit Bäumen und Sträuchern ein kleinräumiges Arbeiten erforderlich sei. Um den Pflegeaufwand im Bereich der Ortslage Kleinenbroich möglichst gering zu halten, sei hier, wie bereits erläutert, auch der Schlammfang/Sandfang südlich der Ortslage Kleinenbroich vorgesehen, wie auch die Wiederherstellung eines entsprechenden Profiles (Erhöhung der Fließgeschwindigkeit).

Der Ausschuss nimmt die Ausführung von Herrn Döring ohne besonderen Beschluss zur Kenntnis.

**5. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 03.01.2005:
Die Verwaltung möge zum Gewässerunterhaltungsplan für den Jüchener Bach und die Gewässer 2ter Ordnung, nach dem der Erftverband arbeiten soll, berichten.**

Durch den Vortrag von Herrn Döring und die anschließende Diskussion hat sich der Tagesordnungspunkt erübrigt.

6. Vorführung von Videoaufzeichnungen über das Verhalten des Jüchener Baches (ca. 5 Min.) durch die Ratsfraktion "Die Aktive".

Der Ausschussvorsitzende, Herr Külbs, zeigt kurze Videosequenzen von Starkregenereignissen und deren Auswirkungen auf den Jüchener Bach. Insbesondere wird bei diesen Videos die Problematik des Hochwasserschutzes, von Rückstauwirkungen (Umkehrung der Fließrichtung) und der Uferaufbau (Bisamratten, Nutriabefall, Wasserverluste durch Exfiltration über die Ufer) dargestellt.

In der sich anschließenden Diskussion über die Videosequenzen weist Ausschussmitglied Peter Esser daraufhin, dass die dargestellte Situation am Regenüberlaufbecken „Am Hallenbad“ durchaus nichts Ungewöhnliches sei. Das Regenüberlaufbecken habe einen Notabschlag in den Jüchener Bach. Sobald das Kanalnetz überlastet und das Regenrückhaltebecken gefüllt sei, werde über ein Sicherheitsventil ein sogenannter Notabschlag in den Jüchener Bach durchgeführt. Hierbei könne es durch die in den Jüchener Bach abgeschlagenen Wassermengen auch zu Rückstauwirkungen kommen.

Bürgermeister Dick führt hierzu ergänzend aus, dass die Regenrückhaltebecken ein zusätzlicher Schutz für Rückstauwirkungen im Kanalnetz darstellen. Insofern müsse hier das gesamte System Kanalnetz, Regenrückhaltebecken und Notabschlag in den Jüchener Bach betrachtet werden. Der Notabschlag sei dabei das „kleinste Übel“.

Durch einen entsprechenden Notabschlag werde auch gewährleistet, dass keine Rückstauwirkungen im Kanalnetz entstehen würden und sich dementsprechend keine negativen Konsequenzen in den an die Kanalisation angeschlossenen Gebäuden zeigen. Er regt an, diese Diskussion jedoch im kommenden Werksausschuss näher zu debattieren.

Zu den in den Videosequenzen dargestellten Extremsituationen erläutert Herr Döring, dass für den Hochwasserschutz zwei Bewertungskriterien maßgeblich seien. Einmal kurzfristiger Starkregen bei Sommergewittern, in denen die Gewässer als Puffer wirken würden, wie dies

bereits vorab dargestellt worden sei, und zum Zweiten bei langanhaltenden Landregen auf gefrorenem Boden (flächendeckend). Der Jüchener Bach sei in der Lage, beide genannten Bemessungskriterien für den „100-Jährigen Hochwasserschutz“ abzudecken.

Insofern seien zwar die dargestellten Beobachtungen korrekt, aber wasserwirtschaftlich unbedenklich.

Ausschussmitglied Peter Drüll fragt nach, was der Erftverband gegen den Befall mit Bisamratten zu tun gedenke.

In diesem Zusammenhang kritisiert er auch, die seiner Ansicht nach schleppende Behandlung von Anfragen an den Erftverband.

Hinsichtlich der Bisamratten und Nutriabekämpfung weist Herr Döring daraufhin, dass die Befallsraten im Raum Korschenbroich durchaus nichts Ungewöhnliches seien. Die Bekämpfung innerhalb der Ortslagen sei jedoch problematisch, da die Bejagung und die Aufstellung von sogenannten Totschlagfallen, u.a. für spielende Kinder nicht ungefährlich sei. Man habe jedoch in anderen Kommunen gute Erfahrungen mit sogenannten Fanggärten gemacht. Er sei hier auch gerne zur Kooperation bereit.

Bezüglich der schleppenden Bearbeitung von Anfragen weist er daraufhin, dass oftmals die falschen „Abteilungen“ bzw. Ansprechpartner gewählt würden. Er empfehle daher, sich zukünftig bei Fragen der Gewässerunterhaltung direkt an ihn zu wenden.

Bezüglich der Bekämpfung von Bisamratten und Nutrias weist der Beigeordnete Herr Graaff ergänzend daraufhin, dass hier auch das Ordnungsamt der Stadt behördlich tätig werde.

Der sachkundige Einwohner Hubertus Goltsch äußert seine Betroffenheit über die soeben gezeigten Bilder und plädiert dafür, das Problem logistisch anzugehen, z.B., das eine Hotline geschaffen wird, um die Einleitmengen kurzfristig zu reduzieren und entsprechende Notabschläge überflüssig zu machen.

Herr Döring legt dar, dass bei Sommergewittern und kurzfristigen Regenereignissen keine Drosselung möglich sei. Dies sei auch nicht zuletzt wegen der räumlichen Begrenztheit solcher Ereignisse so. Ehe eine Drosselung der Einleitmenge Wirkung zeige, sei das entsprechende Ereignis längst vorüber. Hinsichtlich langanhaltender intensiver Niederschläge bestehe bereits ein System zur Drosselung.

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie nimmt die dargestellten Videoaufzeichnungen ohne besonderen Beschluss zur Kenntnis.

**7. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 03.01.2005:
Die Verwaltung möge zur Karte des Erftverbandes zu der Brunnengalerie am Verkehrslandeplatz Mönchengladbach (vom Erftverband am 01.12.2004 vorgestellt beim Betonmarketingkongress) vortragen.**

Zu Beginn weist Amtsleiter Dieter Hoffmans daraufhin, dass die Karte auch Gegenstand der Unterarbeitsgruppe 4 ist und hier nur gezeigt werden könne, da sie bereits durch den Erftverband beim sogenannten „Beton-Marketing-Kongress“ in Neuss der Öffentlichkeit vorgestellt worden sei.

Amtsleiter Dieter Hoffmans erläutert anhand einer Folie die Karte. Inhalt der Karte ist die Darstellung der zu erwartenden Absenkungstrichter bei voller Wiederinbetriebnahme (ca. 4,2 Mio. m³/Jahr) in der Wassergewinnung Lodshof/Waldhütte. Aus der Karte ist ersichtlich, dass die Ortschaften Raderbroich und Herrenshoff je nach Entfernung zu den Brunnenstandorten

unterschiedlich stark von der Maßnahme profitieren. Des Weiteren sind noch auf der Karte die Einzugsgebiete der Wassergewinnungsanlagen dargestellt.

Die Karte ist als wesentlicher Bestandteil der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Der sachkundige Einwohner Hubertus Goltsch fragt nach, ob nicht eine Verlegung des Wasserwerkes nach Süden möglich sei, um bessere Absenkungsergebnisse für die Ortslagen Raderbroich und Herrenshoff zu erzielen.

Hierauf antwortet Ratsmitglied Dr. Kalthoff, dass dies nicht möglich sei, da hier feste Rechtspositionen beständen. Zudem wäre eine solche Verlegung, falls sie überhaupt rechtlich möglich sei, mit erheblichem Kostenaufwand verbunden, da hierfür entsprechende Wasserrechtsanträge und Genehmigungen eingeholt werden müssten.

**8. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive" vom 03.01.2005:
Die Verwaltung möge zum Sachstand hinsichtlich der Rückbaukosten für die Windkraftanlagen in der Windkonzentrationszone Nord berichten.**

Hierzu erläutert Amtsleiter Dieter Hoffmans, dass die Auflagen gemäß dem Ratsbeschluss im Durchführungsvertrag verankert worden sein. Hier sei eine Bürgschaft von 90.000 EUR festgeschrieben worden.

**9. Antrag der Ratsfraktion "Die Aktive":
Die Verwaltung möge im Zusammenhang mit der Auslage des Planfeststellungsverfahrens Flughafen DUS zu folgenden Fragen vortragen:**

- **Wie ist das Vorgehen der Stadt bezüglich des Planfeststellungsverfahrens Flughafen Düsseldorf**
- **Warum wurde die Landeschleife (DUS) verlängert? Früher bogen die Flugzeuge in größerer Nähe zum Flughafen DUS ab und überflogen somit Kleinenbroich nicht. Hängt das mit den nicht mehr existenten NATO-Flughäfen zusammen?**
- **Wie kann die Stadt für die Bürger die Einhaltung des Nachtflugverbotes erreichen?**
- **Wie kann man eine feste Messstelle für Lärm und Umweltbelastung (Abgase) in Kleinenbroich erreichen? Im Planfeststellungsverfahren DUS sind keine Angaben zu den vorhandenen und zu erwartenden Belästigungen enthalten.**

Amtsleiter Dieter Hoffmans erläutert, dass die Stellungnahme der Stadt in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses am 01.02.2005 beraten werde.

Sodann geht er wie folgt auf die einzelnen Fragen ein:

Er führt aus, dass eine negative Stellungnahme unter Bezug auf eine falsche Abwägung der Interessen eines effektiven Flugverkehrs und der von Lärm betroffenen Anwohner ausgearbeitet werde. Schwerpunkt sei dabei, dass keine Ausweitung des Flugverkehrs in lärmempfindlichen Zeiten (abends/nachts) stattfinden dürfe.

Hinsichtlich der Flugrouten weist er daraufhin, dass diese im Jahr 2000 auch unter dem Aspekt der Aufhebung militärischer Sperrbereiche angepasst worden seien. Für Flugroutenänderungen sei jedoch kein formales Beteiligungsverfahren notwendig.

Weiterhin führt er aus, dass sich die beantragte Ausweitung auf die Zeit bis 23.00 Uhr beziehe, wobei Verspätungen später abgewickelt werden dürfen, insbesondere wenn die Flughafengesellschaft ihre „homebase“ in Düsseldorf hat. Je mehr Flüge in der Zeit kurz vor 23.00 Uhr stattfinden, desto mehr Verspätungen seien zu erwarten und desto weniger Lücken sei-

en vorhanden, um verspätete Flüge vor 23.00 Uhr einschieben zu können. Die Stellungnahme der Stadt gehe in die Richtung, Nachtflüge zu vermeiden.

Im Rahmen der städtischen Stellungnahme werde auch eine Messstelle in Kleinenbroich gefordert, da die Betroffenheitsschwelle aus Sicht der Stadt niedriger anzusetzen sei als vom Antragssteller genannt. Auch habe sich bei Nachmessungen in Meerbusch gezeigt, dass die prognostizierten Werte des Antragsstellers zu niedrig angesetzt worden seien.

Bürgermeister Dick führt ergänzend aus, dass man sich hier durchaus in einem Spannungsfeld befinde. So verweist er auf die Bedeutung des Flughafens Düsseldorf für das Wirtschaftsleben in Korschenbroich und mit Blick auf die Verhinderung des Ausbaus des Mönchengladbacher Verkehrslandeplatzes auf den Schutz der Bevölkerung vor Fluglärm.

Der sachkundige Einwohner Hartmut Rauter beklagt die Situation des Fluglärms insbesondere in Kleinenbroich. Er weist darauf hin, dass „scheibchenweise“ eine Zunahme der Flugbewegungen stattfindet.

Bürgermeister Dick unterstreicht, dass man sich in der abzugebenden Stellungnahme auch an den Rhein-Kreis Neuss orientieren werde. Er halte vor allem den Hinweis für wichtig, dass eine Kooperation mit anderen Flughäfen wie Köln-Bonn oder Weeze bei den Planungen zu berücksichtigen sei.

Der Beigeordnete Rudolf Graaff weist daraufhin, dass Einwendungen auch nach der Sitzung des Hauptausschusses noch möglich seien.

Der sachkundige Einwohner Gerd Sack weist ebenfalls, wie auch schon zuvor Herr Rauter, auf die Zunahme der Lärmbelastung in Kleinenbroich hin. Das Ausmaß sei so stark, dass die Belastungsgrenze überschritten sei.

Der sachkundige Einwohner Jürgen Nägeler plädiert dafür, dass möglichst nur Flüstertriebwerke eingesetzt werden sollten.

Bürgermeister Dick weist nochmals daraufhin, dass ein konkreter Antrag vorliege, auf dem man auch in entsprechend konkreter Art und Weise antworten müsse.

Mit der Feststellung, dass die Lärmsituation unerträglich sei, könne man hier nicht weiter kommen.

Die Diskussion wird ohne besonderen Beschluss beendet.

10. Antrag der SPD - Ratsfraktion vom 03.01.2005:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- eine Satzung zur finanziellen Unterstützung von kleinräumigen individuellen Lösungen des Grundwasserproblems mittels bautechnischer und hydraulischer Maßnahmen zu erarbeiten

- ab dem Jahr 2005 bis zum Beginn der dauerhaften Lösung des Grundwasserproblems jährlich einen Betrag von 170.000 € für die Unterstützung dieser Maßnahmen in den Haushalt einzustellen.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach trägt ausführlich die Inhalte der Sitzungsvorlage vor.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser stellt für die CDU Ratsfraktion fest, dass er dem Antrag grundsätzlich etwas Positives abgewinnen könne, es bestehe jedoch noch erheblicher Beratungsbedarf, und er plädiere von daher dafür, den Antrag zurück an die Fraktion zu verweisen.

Ausschussmitglied Hans-Jürgen Brieger nimmt für die FDP Ratsfraktion Stellung. Er hält den Antrag nicht für geeignet, zur Lösung des Grundwasserproblems beizutragen, da nur einer ganz geringen Anzahl von Personen durch bauphysikalische Maßnahmen und Zuschüsse geholfen werden könne. Daher sei dies auch kein Ersatz für die hydraulischen Maßnahmen. Mit einem Zuschuss zur Bauertüchtigung sei der großen Mehrheit nicht geholfen. Nach wie vor halte er für die einzig effektive Lösung eine ortsteilbezogene hydraulische Grundwasserabsenkung. Deshalb könne sich die FDP Ratsfraktion dem Vorschlag der SPD nicht anschließen.

Der sachkundige Bürger Hermann Pflieger nimmt für die Fraktion „Die Aktive“ Stellung zum SPD-Antrag.

Auch er sehe hierin positive, neue Denkansätze, könne jedoch dem Antrag nicht folgen, da durch bauphysikalische Maßnahmen nur recht wenigen Personen geholfen werden könne. Weiterhin stellt er fest, dass seines Erachtens das Allgemeinwohl und die Volksgesundheit betroffen sei. Daher müsse mit möglichst wenig Geld möglichst Vielen geholfen werden. Er sehe hier auch die Gefahr, dass hier zu sehr auf die „Karte der Bauphysik“ gesetzt werde und hydraulische Lösungen Außen vor blieben.

Auch befürchte er, dass aufgrund der begrenzten Mittel eine Art „run“ auf die Zuschüsse statfinde.

Das Ausschussmitglied Marcella Otten sieht grundsätzlich positive Ansätze in dem Antrag der SPD Ratsfraktion. Sie spricht sich jedoch ebenfalls, wie die CDU Fraktion dafür aus, aufgrund des noch bestehenden Beratungsbedarfes den Antrag an die Fraktionen zurückzuweisen.

Der sachkundige Bürger Peter Sitta hält den Antrag für ein positives Signal, da hier endlich einmal von den hydraulischen Maßnahmen Abstand genommen werde, die ohnehin nicht zu verwirklichen seien.

Wenn dies nun auch nur ein kleiner Ansatz hin zur Umsetzung bauphysikalischen Maßnahme sei, so stehe er diesem positiv gegenüber.

Das Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach geht aufgrund der bisher geführten Diskussion nochmals auf den Antrag ein und erläutert hierzu, dass sicherlich noch Beratungsbedarf hinsichtlich einer gerechten Verteilung der hierfür angesetzten Mittel bestehe. Insofern könne er mit einer Zurückverweisung des Antrages an die Fraktionen leben.

Der sachkundige Einwohner Herr Jürgen Nägeler äußert die Auffassung, dass man mit dem hier vorgelegten Antrag an einem Scheideweg stehe. Entweder setze man das wenige zur Verfügung stehende Geld für individuelle Maßnahmen ein oder man versuche in einer „konzertierten Aktion“ hydraulische Maßnahmen durchzuführen. Es wäre ja schließlich hinreichend bekannt, dass hydraulische Maßnahmen kostengünstiger seien. Dies sei ja auch gutachterlich belegt worden.

Aufgrund der geringen zur Verfügung stehenden Mittel halte er beides, sowohl eine individuelle Förderung als auch die Umsetzung von hydraulischen Maßnahmen, für nicht machbar.

Ausschussmitglied Ulrich Afflerbach antwortet hierauf, dass er in dem Antrag nicht ein entweder oder postuliert sehen möchte, sondern dass dieser als strategischer Ansatz ein sowohl als auch beinhalte, insofern könne er der von Herrn Nägeler geäußerten Auffassung eines entweder oder nicht folgen.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser unterstreicht noch einmal, dass man auf der Grundvoraussetzung der 80/20-Lösung weiter überlegen müsse, wie man hier zu strategischen neuen Ansätzen gelange und wie man aufbauend auf die eben genannte Grundvoraussetzung diese weiter entwickeln könne. Gleichzeitig stellt er für die CDU den Antrag, den Tagesord-

nungspunkt zwecks erforderlicher fraktionsinterner Beratung zu vertagen. Da es sich um den „weitergehenden Antrag“ handelt, wird hierüber abgestimmt.

Beschluss-Nr. VII/168	Abstimmungsergebnis:	11 Stimmen dafür 3 Stimmen dagegen 1 Stimmenthaltungen
Der Antrag der SPD Ratsfraktion wird zur fraktionsinternen Beratung vertagt.		

- 11. Vorstellung einer Ausarbeitung der Grundwasseraktive Korschenbroich mit dem Titel:**
" Möglichkeiten der finanziellen Förderung einer Begrenzung des Grundwasseranstiegs im Rhein-Kreis-Neuss durch das Land Nordrhein Westfalen; Bewertung aus haushaltswirtschaftlicher und ökologischer Sicht".
(Unterlagen werden von der Ratsfraktion "Die Aktive" als Tischvorlage nachgereicht)

Der Ausschussvorsitzende Christian Külbs verweist darauf, dass den Ausschussmitgliedern der Textteil der Ausarbeitung übergeben wurde.

Den Fraktionen sei eine Fassung mit den entsprechenden Anlagen bereits übermittelt worden. Auch seien an den Rhein-Kreis Neuss und sonstige Fachbehörden entsprechende Exemplare ausgegeben worden.

Eine Diskussion oder Vorstellung der Ausarbeitung findet im Ausschuss nicht statt.

12. Bericht der Verwaltung zu aktuellen Fragen aus dem Bereich Grundwasser

Zuzüglich der bereits in der Sitzungsvorlage beigefügten Schriftstücke berichtet die Verwaltung zu folgenden Punkten:

PER-Schaden

Hierzu berichtet der Beigeordnete Herr Graaff, dass der Rhein-Kreis Neuss bereits im Dezember aufgefordert worden sei, unter Hinweis auch auf das Urteil des Europäischen Gerichtshofes die Beseitigung des PER-Schadens anzugehen und über den Sachstand zu berichten.

Von Seiten des Rhein-Kreis Neuss läge jedoch hierzu bis dato keine schriftliche Stellungnahme vor.

Der Kreis sei jedoch mit den vorbereitenden Arbeiten zur Sanierung beschäftigt. Hier habe es insbesondere bereits Gespräche wegen der Finanzierung gegeben. Auch sei der Altlastensanierungsverband in Hattingen eingeschaltet worden.

Landeswassergesetz: Anhörung im Landtag

Hierzu berichtet Amtsleiter Herr Hoffmans, dass er bei der Anhörung zugegen gewesen sei und die Thematik auch angesprochen wurde. Konkrete Ergebnisse sind hierzu jedoch nicht zu berichten.

Der sachkundige Bürger Hermann Pflieger weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass er daran Zweifel habe, ob alle Verbandsangehörigen die Stellungnahme hierzu im Vorfeld erhalten hätten. Er befürchtet, dass eine „Selektion“ durch den Ausschussvorsitzenden stattgefunden habe.

Der Beigeordnete Herr Graaff weist daraufhin, dass Herrn Lindlar und Herrn Queitsch (Deutscher Städte u. Gemeinde Bund) die Problematik durchaus bekannt sei.

Veröffentlichung von Grundwasserdaten durch den Landesgrundwasserdienst

Hierzu berichtet Herr Dr. Verjans, dass diesbezüglich mit dem Staatlichen Umweltamt Krefeld und dem Landesgrundwasserdienst Kontakt aufgenommen worden sei.

Nach den bisherigen Äußerungen sei jedoch nicht damit zu rechnen, dass eine Veröffentlichung von aktuellen Grundwassermesswerten seitens des Landesgrundwasserdienstes im Internet erfolge.

Es seien lediglich über das Internet aktuelle Pegelstände ausgewählter Flüsse und Bäche abrufbar. Hier sei darauf hinzuweisen, dass für das Stadtgebiet Korschenbroich lediglich zur Niers, nicht aber zum Jüchener Bach Daten vorliegen.

Sobald abschließende Informationen zu diesem Punkt vorliegen, wird die Verwaltung hierzu berichten.

Wasserbilanz 2003 der Bezirksregierung

Herr Dr. Verjans berichtet hierzu, dass seitens der Verwaltung mit der Bezirksregierung Kontakt aufgenommen worden sei. Die Verwaltung erwarte aufgrund positiver Gespräche, dass die Grundwasserbilanz durch die Bezirksregierung ins Netz gestellt würde. Hier gebe es allerdings noch Schwierigkeiten hinsichtlich der kartenmäßigen Darstellung.

Bisher sei auf der Internetseite der Bezirksregierung lediglich der Anhörungstermin abrufbar.

Auch hierzu werde die Verwaltung, sobald entsprechende Ergebnisse vorliegen, berichten.

Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Beschluss-Nr. VII/137	Abstimmungsergebnis:	Stimmen dafür Stimmen dagegen Stimmenthaltungen
Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie nimmt den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis.		

13. Änderung des Suchraumkonzeptes für Ausgleichsflächen

hier: Anträge auf Aufnahme weiterer Flächen in das Suchraumkonzept.

Beigeordneter Rudolf Graaff stellt noch einmal die wesentlichen Inhalte dieser Änderungen vor, unter Angabe der Flächengrößen. Sowohl die SPD als auch die CDU Fraktion stimmen der Verwaltungsvorlage zu.

Ratsmitglied Dr. Kalthoff weist daraufhin, dass man darauf bedacht sein müsse, dass nicht alle möglichen Restflächen in das Konzept mit aufgenommen würden und von Seiten der Landwirtschaft somit alle möglichen Flächen „verwertet“ würden. Er warnt in diesem Sinne vor einer Aufweichung des Konzeptes in dem von Seiten der Landwirtschaft eine Art „neue Fruchtfolge“ eingeführt werde.

Nach kurzer weiterer Diskussion wird die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung gestellt.

Beschluss-Nr. VII/136	Abstimmungsergebnis:	11 Stimmen dafür 4 Stimmen dagegen 0 Stimmenthaltungen
<p>Der Ausschuss für Umwelt, Grundwasser und Energie beschließt, die Flächen Gemarkung Glehn Flur 18, Teilfläche aus Flurstück 714, und Gemarkung Korschenbroich Flur 10, Teilfläche aus Flurstück 356, in das Suchraumkonzept für Ausgleichsflächen aufzunehmen. Bei der Fläche in Glehn (Gemarkung Glehn; Flur 18 Teilfläche aus Flurstück 714) darf lediglich eine Nutzungsextensivierung, jedoch keine Anpflanzung von Bäumen oder Sträuchern vorgenommen werden.</p>		

14. Antrag der Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ausschussmitglied Peter Sitta stellt den Antrag, die Stadt möge doch geeignete Dachflächen für einen „Solarpark“ bereitstellen und daher prüfen, ob geeignete Dachflächen zur Verfügung stehen. Hierzu wird der Verwaltung von dem sachkundigen Einwohner Herr Gerd Sack eine entsprechende Informationsschrift überreicht.

Nach kurzer Diskussion wird über den Antrag abgestimmt.

Beschluss-Nr. VII/169	Abstimmungsergebnis:	8 Stimmen dafür 1 Stimmen dagegen 6 Stimmenthaltungen
<p>Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob entsprechende Flächen für einen „Solarpark“ bereitgestellt werden können.</p>		

15. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

16. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Der sachkundige Einwohner ,Herr Hubertus Goltsch, fragt nach, inwieweit bereits Beratungen der Fraktionen zur Definition der Betroffenheit stattgefunden hätten. Er habe diesen Tagesordnungspunkt auf der heutigen Sitzung vermisst.

Hierauf wird von Seiten der Fraktionen berichtet, dass bereits ein entsprechender Beratungstermin stattgefunden habe, man habe sich auf eine direkte Betroffenheit gemäß Düllmann bei 0,50 m unter Oberkante Kellersohle geeinigt. Hinsichtlich der indirekten Betroffenheit sei es jedoch noch zu keiner Einigung gekommen. Man werde hierzu jedoch ausführlich in der nächsten Ausschusssitzung berichten.

Der sachkundige Bürger, Herr Hermann Pflieger, weist auf sein Schreiben an die Stadtverwaltung hin, indem er auffordert, dass die Stadt doch zu Spenden für Pumpmaßnahmen in Raderbroich und Herrenshoff aufrufen solle. Dies sei seiner Meinung nach, aufgrund der gestiegenen Grundwasserstände, erforderlich. Er sieht hier die Stadt in der Pflicht.

Bürgermeister Dick verweist in diesem Zusammenhang auf ein Gesprächstermin mit der Notgemeinschaft Herrenshoff in der kommenden Woche.

Auch bittet er Herrn Pflieger, falls hier in Zusammenarbeit mit der Notgemeinschaft Herrenshoff Entscheidungen getroffen würden, diese nicht zu unterlaufen. Er habe in der Vergangenheit den Eindruck gewonnen, dass Aktionen von anderer Seite oftmals durch „Die Aktive“ nicht solidarisch unterstützt worden seien.

Des Weiteren spricht der sachkundige Bürger Hermann Pflieger noch die bereits in der letzten Sitzung aufgeworfene Frage zum Loch von Sitzungsniederschriften und Einladungen etc. an.

Die Verwaltung sagt zu zu prüfen, ob dieses technisch möglich sei.

Ausschussmitglied Wolfgang Lieser spricht die Situation der Waldwege im Raderbroicher Wald an. Hier sei es unbedingt erforderlich diese zu reparieren bzw. instandzusetzen. Er verweist diesbezüglich auf eine Sitzung des Matthias-Kapellen-Fördervereins, indem dies auch zur Sprache gekommen sei.

Der Beigeordnete Rudolf Graaff verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass erstmals im Haushalt für entsprechende Maßnahmen 10.000 EUR bereitgestellt worden seien. Dies sei ein enormer Betrag, aufgrund der knappen Kassen. Man sei bestrebt, jedoch zunächst die Verursacher für Schäden zur Rechenschaft zu ziehen.

Ausschussmitglied Marcella Otten weist daraufhin, dass oftmals auch Reitwege hiervon betroffen sind.

Bürgermeister Dick erläutert daraufhin, dass es sich in der Regel um forstwirtschaftliche Wege handele, die durch die Forstwirtschaft selbst (Pappelabfuhr), aber auch durch den Reitsport beansprucht würden.

Hier seien entsprechende Schäden nicht auszuschließen. Man sei bemüht, soweit dies aufgrund der Haushaltssituation der Stadt möglich sei, Schäden zu beheben.

Ratsmitglied Dr. Heinrich Kalthoff spricht den Baumbestand entlang der K8 von Epsendorf über Lüttenglehn nach Neuss-Grefrath an. Ihm sei aufgefallen, dass hier etliche Baumlücken vorhanden seien, und er bitte doch darum, diese aufzufüllen.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung und ggf. eine Nachpflanzung in diesem Bereich zu. Sie weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass die K8 erst mit dem Ausbau der K8n - Anbindung an die B230 in die Unterhaltung der Stadt übergegangen sei.

Auf Nachfrage des sachkundigen Bürgers Jürgen Nägeler berichtet die Verwaltung, dass hinsichtlich der juristischen Aspekte zu Rheinbraun direkter Kontakt mit Professor Frenz aufgenommen worden sei. Aus terminlichen Gründen sei es jedoch bisher nicht zu einem Treffen gekommen. Dies werde jedoch in Kürze erfolgen.

Ausschussmitglied Peter Esser bittet darum, dass Verbandsprotokoll des Nordkanalverbandes an alle Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Grundwasser und Energie und an alle Ratsmitglieder zu verteilen, so könne die Arbeit des Nordkanalverbandes am Besten dokumentiert werden.

Auch der sachkundige Einwohner Herr Gerd Sack bittet darum, dass der BUND ein entsprechendes Exemplar erhält.

Die Verwaltung sagt eine entsprechende Prüfung der Angelegenheit und ggf. Verteilung des Protokolls zu.

Auf Nachfrage zu einer möglichen Querung des Trietbaches durch einen Wanderweg, wie sie vom Bürgerforum Kleinenbroich angesprochen sei, antwortet die Verwaltung, dass aufgrund des Ausbauvorhabens des Fluglandeplatzes Mönchengladbach, der mit einer Verlegung des Trietbaches einherginge, hier zur Zeit keine weiteren Initiativen ergriffen worden seien.

Man müsse hier die Entscheidung zum Fluglandeplatz Mönchengladbach abwarten.

Auf Nachfrage, ob bei der Stadt Korschenbroich ein Verwarnungs- und Bußgeldkatalog zu Umweltdelikten bestehe, wie er z.B. in einer Infobroschüre der Stadt Willich herausgegeben worden sei, antwortet die Verwaltung, dass es auch einen entsprechenden Bußgeldkatalog (Ordnungswidrigkeiten) bei der Stadt Korschenbroich gebe, dieser wäre jedoch nicht in der hier aufgezeigten Form öffentlich gemacht worden.

Auch sei dies ein „zweischneidiges Schwert“, wenn man einen entsprechenden Katalog publik machen würde, müsse man auch in der Lage sein, durch stärkere Kontrollen vor Ort, diesen Katalog umzusetzen bzw. diesem Nachdruck zu verleihen. Dies sei aufgrund der finanziellen Situation und der vorhandenen Personalsituation jedoch von Seiten der Stadtverwaltung nicht leistbar.